



DIE WELT, 28.07.2018, Nr. 174, S. 10 / Ressort: WIRTSCHAFT

Rubrik: Wirtschaft

## Pekings Plan für das deutsche Stromnetz

**Die Bundesregierung stoppt Chinas Einkaufstour auf dem Energiemarkt mit einem Husarenstreich. Damit erkennt Berlin die neuen sicherheitspolitischen Realitäten an. Doch es gibt auch Kritik an der wohl eine Milliarde Euro schweren Entscheidung**

Daniel Wetzel

Als es vor rund zehn Jahren zum ersten Mal um das Schicksal der deutschen Energie-Infrastruktur ging, war die Bundesregierung noch völlig tiefenentspannt. Man stand für Liberalismus und Freihandel. Das Rückgrat der deutschen Stromversorgung in ausländische Hand geben? Kein Problem.

Dabei geisterte damals schon die Idee einer Deutschen Netz-AG durch die energiepolitische Debatte. Nachdem die EU-Kommission den Stromerzeugern den Besitz der Netze aus Wettbewerbsgründen untersagt hatte, stellten E.on, RWE und Vattenfall ihre Leitungen zum Verkauf. Doch die Politik ließ diese Chancen zum Aufbau einer nationalen Stromnetzgesellschaft verstreichen. Zwar galt das Vorhalten von Infrastruktur eigentlich schon seit den Urzeiten eines Adam Smith zu den Kernaufgaben des Staates.

Doch die Bundesregierung hatte kein Problem damit, dass die deutschen Übertragungsnetze unter den Namen Tennet, Ampion und 50Hertz an Investoren aus aller Welt verkauft wurden: Australische Rentenfonds stiegen ein, niederländische und belgische Staatskonzerne griffen zu. So kam auch der ostdeutsche Netzbetreiber 50Hertz in den Gemeinschaftsbesitz des staatlichen belgischen Netzbetreibers Elia und des australischen Infrastrukturfonds IFM.

Der bedenkenlose Ausverkauf der deutschen Leitungsmonopole sorgt heute in der Politik für Katerstimmung. Verantwortlich für die späte Reue sind zwei globale Trends, deren Dynamik damals unterschätzt worden war: Eine tiefgehende Digitalisierung der Stromversorgung, mit der eine ungeahnte Verletzbarkeit der Energie-Infrastruktur durch Hacker-Angriffe einhergeht. Hinzu kommt eine generelle Abkühlung internationaler Beziehungen, die bei fast allen großen Wirtschaftsmächten wie USA und China von einer Rückkehr zum Wirtschaftsnationalismus begleitet wird.

Am Freitag zog die Bundesregierung aus beiden Trends die Konsequenzen. Als der chinesische Staatskonzern State Grid Corporation of China (SGCC) dem australischen Investor IFM eine 20-Prozent-Beteiligung am ostdeutschen Stromnetzbetreiber 50Hertz abkaufen wollte, ging der Bundesminister für Wirtschaft und Energie kurzerhand dazwischen. Es folgte, wenn man von der Gründung des Atomfonds einmal absieht - die erste Teilverstaatlichung auf dem deutschen Energiemarkt seit Jahrzehnten.

Peter Altmaier (CDU) überzeugte den belgischen Co-Investor Elia mit bislang unbekannten Zusagen, sein Vorkaufsrecht auszuüben - und die 20-Prozent-Beteiligung an 50Hertz dann umgehend "im Rahmen einer Brückenlösung" an die deutsche Staatsbank KfW weiterzureichen. Die Chinesen waren damit draußen. Insider schätzen, dass der deutsche Steuerzahler rund eine Milliarde Euro dafür zahlen muss, dass das Aktienpaket nicht in chinesische, sondern deutsche Hände kommt.

"Bevölkerung und Wirtschaft erwarten zu Recht eine zuverlässige Energieversorgung", rechtfertigt das Bundeswirtschaftsministerium die Ausgabe: "Übertragungsnetzbetreibern kommt hierbei eine wichtige Funktion zu, sie sind gewissermaßen das Rückgrat der deutschen Stromversorgung."

Das ist sicher richtig, nur: Rechtfertigt eine drohende 20-Prozent-Beteiligung an einem ostdeutschen Netzbetreiber wirklich Altmaiers Husarenritt in eine ordnungspolitische Grauzone? "Höchst bedenklich" findet der China-Experte Hermann Meller von der internationalen Wirtschaftskanzlei Dentons den Vorgang. "Die Bundesregierung hat hier ohne solide rechtliche Grundlage und ohne tragfähige Begründung eine Investition verhindert."

Mellers Vorwurf ist nicht von der Hand zu weisen: Laut Außenwirtschaftsverordnung darf die Bundesregierung zwar eine "Investitionsprüfung" durchführen, wenn ein Unternehmen aus Nicht-EU-Staaten hierzulande Aufkäufe tätigen will, die "wesentliche Sicherheitsinteressen, der Bundesrepublik Deutschland gefährden". Nur: Dieses Recht steht der Bundesregierung erst zu, wenn mindestens eine 25-Prozent-Beteiligung erworben wird. Im Falle der Berliner 50Hertz GmbH wollten die Chinesen aber nur 20 Prozent.

Auch die Frage, ob eine solch kleine Minderheitsbeteiligung wirklich "die öffentliche Ordnung oder Sicherheit" gefährdet, wie es in der Außenwirtschaftsverordnung heißt, ist aus Sicht des Juristen Meller fragwürdig. Technologieklau habe State Grid of China, einer der größten Konzerne der Welt mit rund einer Million Mitarbeitern, jedenfalls nicht nötig, glaubt Meller: "Wovon hat

man eigentlich Angst?" Mit ihrer Blockade des 50Hertz-Einstiegs mache sich die Bundesregierung aber unglaublich, wenn sie China weiterhin staatliche Einmischung in die Wirtschaft vorwerfe.

Das sieht man beim Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) ähnlich: "Der Einstieg der Staatsbank KfW aus Sicherheitserwägungen in ein Unternehmen ist problematisch", kritisierte der BDI. Dies dürfe "allenfalls eine zügig zu beendende Übergangslösung sein". Aus Sicht des Wirtschaftsverbandes berge "eine derartige Einzelfallentscheidung die Gefahr, das Klima für Auslandsinvestitionen zu beeinträchtigen."

Die Sorge vor chinesischer Vergeltung ist den Industriellen deutlich anzumerken: "Deutschland ist wie kaum ein anderes Industrieland auf internationale Investitionsfreiheit angewiesen", warnt der Verband: "Unsere Unternehmen haben über sieben Millionen Beschäftigte im Ausland, in Deutschland arbeiten über drei Millionen Menschen für Unternehmen in ausländischer Hand."

Allerdings ist das Engagement des von Peking kontrollierten Netzbetreibers womöglich nicht so harmlos, wie es scheint. Der Konzern, der 2016 auf der Fortune-500-Liste als zweitgrößtes Unternehmen der Welt gelistet war, ist seit Jahren auf einer globalen Einkaufstour, bei der Geld keine Rolle zu spielen scheint.

In Europa erwarb SGCC bereits Beteiligungen an den Stromnetzbetreibern Griechenlands, Portugals und Italiens. Auch in Australien und den Philippinen sind die Chinesen eingestiegen. Dabei verfolgt der Konzern die Vision eines weltumspannenden Energienetzes, das die **Solarstromregionen** des Äquators mit den Windkraftgebieten der Borealen Zone verbinden soll. In Berlin unterhält SGCC seit vier Jahren einen Ableger seines Global Energy Interconnection Research Institute mit rund 45 Mitarbeitern, das nach eigenen Angaben Gleichstromübertragung, Kabel- und Energiespeichersysteme sowie Cyber Physical Systems erforscht.

Angesichts solcher weltumspannenden Ambitionen, die gut zum chinesischen Wirtschaftsprojekt einer "neuen Seidenstraße" passen, sah die Bundesregierung womöglich langfristige sicherheitspolitische Interessen berührt. Schließlich ist auch der in Berlin ansässige Netzbetreiber 50Hertz involviert, wenn Bundesinnenministerium, Nachrichtendienste und andere Sicherheitsbehörden gemeinsam geheime Notfallpläne für den Fall eines Hackerangriffs oder Strom-Blackouts erstellen. Schon mit einer 20-Prozent-Beteiligung könnten chinesische Investoren schließlich einen Sitz im Aufsichtsrat verlangen - und damit ganz nahe an sensible Sicherheitsplanungen heranrücken.

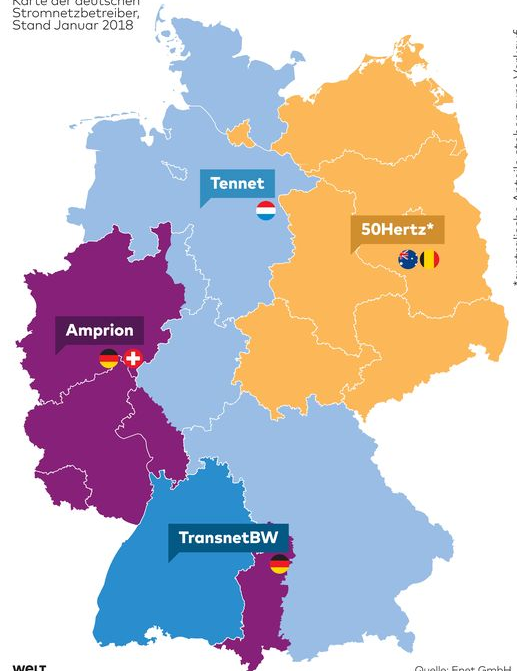
Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hatte erst im Juni darauf hingewiesen, dass "deutsche Unternehmen aus der Energiewirtschaft Ziel einer groß angelegten weltweiten Cyber-Angriffskampagne sind". Zwar seien die Hacker noch nicht in die Steuerungssoftware von Kraftwerken und Netzsystemen vorgedrungen.

Doch habe sich "die Bedrohungslage im Cyberraum in den vergangenen Monaten deutlich zugespitzt, und es gibt keinen Grund, dass sie sich entspannen wird". Es sei "womöglich nur eine Frage der Zeit, bis kritische Systeme erfolgreich angegriffen werden können". Den Ursprung der Angriffe hatte der deutsche Verfassungsschutz allerdings nicht in China, sondern in Russland verortet.

*Daniel Wetzel*

### Vier Betreiber teilen sich den Markt

Karte der deutschen Stromnetzbetreiber, Stand Januar 2018




Bildunterschrift: Durch die Ostsee werden dicke Kabel verlegt. Netzbetreiber 50Hertz ist für die Trasse nach Rügen zuständig

<b>Quelle:</b>	DIE WELT, 28.07.2018, Nr. 174, S. 10
<b>Ressort:</b>	WIRTSCHAFT
<b>Rubrik:</b>	Wirtschaft
<b>Dokumentnummer:</b>	158622717

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/WELT\\_130522d25e4e5610d704e79310e3b2741f1ad272](https://www.wiso-net.de/document/WELT_130522d25e4e5610d704e79310e3b2741f1ad272)

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH